

Auszüge aus einer Rede des Abgeordneten Jung am 28. Januar 1927 in der Abgeordnetenkammer des tschechoslowakischen Parlaments

1. Řeč posl. inž. **Junga** (*viz str. 1915 těsnopisecké zprávy*):

Meine Herren! Wir haben gestern das Schauspiel erlebt, Herrn Dr. **Kramář** als Berichterstatter zu den Regierungsvorlagen zu sehen. Schon dieser Umstand beweist, dass es sich um ausgesprochene Knebelungsvorlagen handelt, zu denen man sich den richtigen Berichterstatter aussuchte, denselben Dr. **Kramář** der als Erster in ein mitteleuropäisches Parlament die Polizei gerufen hat. Er war daher wie kein Zweiter berufen, den Berichterstatter für Vorlagen abzugeben, die die Zeiten des Vormärz wieder einführen und unser Volk vollständig zum Hörigen des tschechischen Nationalstaates herabwürdigen sollen.

...Als die ersten Mitteilungen über den Inhalt der zur Verhandlung stehenden Regierungsvorlagen durchsickerten, wurden jene Kreise der deutschen Bevölkerung, die nicht von vornherein alles demütig als gut hinnehmen, was uns von Seite des tschechischen Herrenvolkes geboten wird, von schweren Befürchtungen ergriffen. Man kennt ja das System aus allen seinen Auswirkungen zur Genüge, jenes System, das mit den Worten Dr. **Rašín**s "mit Rebellen verhandeln wir nicht" eingeleitet wurde und das vom 4. März 1919 angefangen wahre Orgien feierte. **Verfassung, Sprachengesetz, Kriegsanleihegesetz, Bodenreformgesetze, Abbaugesetz, Schutzgesetz, Sprachenverordnung, Wehrvorlagen usw. bis zu den Schikanen der Staatsanwälte und politischen Behörden sind ja seine deutlichen Kennzeichen.**

---In einer Reihe großer Kundgebungen hat meine Partei vor aller Öffentlichkeit sodann zum Inhalt der Regierungsvorlage Stellung genommen und jene Grundsätze aufgestellt, die bei dieser Gelegenheit beachtet werden müssen. Diese Grundsätze fußen auf unserer völkischen und sozialen Einstellung, wie sie aus der Weltanschauung des Nationalsozialismus fließt. Unbeschadet unseres großen Zukunftszieles, das wir von allem Anbeginn an vertraten und das seinen klarsten Ausdruck in jener staatsrechtlichen Erklärung fand, die mein Klubkollege **Knirsch** am 21. Oktober 1918 in der konstituierenden Nationalversammlung Deutsch-Österreichs im Wiener Landhause abgab, haben wir schon im alten Österreich den Standpunkt verfochten, dass ein Völkerstaat sich auf den ihn bewohnenden Völkern als natürlichen Grundlagen aufbauen müsse. Man kann uns also die sittliche Berechtigung zur Vertretung dieses Grundsatzes in der Gegenwart nicht absprechen. Dieser unser Standpunkt war schon im alten Österreich in einer von mir verfassten Denkschrift niedergelegt, die im Dezember des Jahres 1915 dem damaligen **Ministerpräsidenten Stürgkh** überreicht wurde und in einem Antrage, den Klubkollege **Knirsch** nach dem Wiederezusammentreten des Reichsrates im Jahre 1917 eingebracht hatte. Wir haben uns eben niemals bloß mit den Fragen des Tages beschäftigt, sondern haben seit jeher grundsätzliche Politik betrieben. Wir hatten daher auch keinen Anlass, unsere Ansichten zu ändern, als an Stelle des Völkerstaates Österreich ein anderer Völkerstaat trat, der sich Tschechoslowakei zu nennen beliebt, obzwar außer Tschechen und Slowaken auch hunderttausende von Magyaren und besonders 3¹/₂ Millionen Deutscher ihn bewohnen. So hat denn auch unser erster Parteitag zu Dux im November 1919 eine Entschliebung angenommen, die zur Richtschnur unseres politischen Handelns geworden ist und in welcher es unter anderem heißt: "**Wir fordern unser geschlossenes Siedlungsgebiet als gesicherten Lebensraum mit selbst gewählter Verfassung, Verwaltung, Landeswehr, wie das sogar den 500.000 Köpfe zählenden Ruthenen innerhalb des tschechoslowakischen Staates zugebilligt worden ist. Wir gewähren den tschechischen Minderheiten in unserem Volkskörper von vornherein dieselben Rechte, welche die Inselformen im tschechischen Sprachgebiete erhalten werden. Grundsätzlich verlangen wir ferner die Verlegung aller gesamtdeutschen Kultureinrichtungen, Hochschulen,**

Wirtschaftsorganisationen und dergleichen aus der fremden Hauptstadt Prag in das deutsche Land."

Es ist daher kein Wunder, wenn wir in zielgerechter Verfolgung dieser Grundsätze zur Frage der Verwaltungsreform folgende Richtlinien aufstellten:

"1. Die Angehörigen eines jeden Volkes bilden eine Nation im staatsrechtlichen Sinne. Zu ihr gehört jeder, der sich freiwillig dazu bekennt. 2. Das geschlossene Siedlungsgebiet einer jeden Nation bildet ein Land. 3. Der Nation obliegt der Schutz der Minderheiten außerhalb des geschlossenen Siedlungsgebietes und die Verwaltung ihres Schulwesens. Die Hochschulen sind ins geschlossene Siedlungsgebiet zu verlegen. 4. Schutz des Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst; Beteiligung an den Beamtenstellen aller Grade nach dem Bevölkerungsschlüssel."

...Wir fühlen uns gewiss nicht als Hüter einer Verfassung, die wir Deutschen nicht mitbeschlossen haben, sondern bei deren Annahme man uns nach den bekannten Worten **Masaryks** als "Einwanderer und Kolonisten" oder anders gesprochen als Hörige betrachtete, die zu schweigen haben. Aber jene Herren, die den deutschen Teil der Regierungsmehrheit bilden und damit zu Hütern der Verfassung geworden sind, dürfen wir wohl daran erinnern, dass sie eben im Begriffe sind, sie zu verletzen und uns dadurch ein schlechtes Beispiel zu geben. Die Ausrede, dass es sich nur um eine Änderung des Gaugesetzes handle, ist selbst für die hemdärmelige čechoslovakische Demokratie zu kindisch.

...Die Vereinigung Schlesiens mit Mähren ist angesichts des Umstandes, dass die Gaue nicht errichtet wurden und die Länder wieder aufleben, eine Ungeheuerlichkeit. Wenn Böhmen und Mähren, die doch ebenfalls durch die Errichtung von Gauen verschwunden waren, wieder hergestellt werden, so ist nicht recht erfindlich, warum gerade Schlesien, beseitigt werden soll. (*Posl. Heeger: Aus nationalen Gründen.*) Ganz richtig. Die Einführung einer Landeskommission mit sehr beschränktem Wirkungskreis und die Festhaltung des Namens kann über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen. Schlesien ist nicht kleiner als Karpathorußland und sicherlich leichter in der Lage, sich zu erhalten, was es ja bisher auch bewiesen hat. Überdies hat die ganze Bevölkerung, Deutsche, Čechen wie Polen, haben alle in Betracht kommenden Körperschaften einschließlich der schlesischen Landesverwaltungscommission den Willen des ganzen Landes und der ganzen Bevölkerung nach Aufrechterhaltung der Selbständigkeit in unzweifelhafter Weise kundgetan. Hunderttausende von Unterschriften haben eine Art Volksabstimmung ersetzt und noch am 20. Juni fallen in allen Bezirksstädten von Čechisch-Teschen bis Jauernig Massenkundgebungen statt. (*Posl. Heeger: Unter Teilnahme der Regierungsparteien!*) Ich komme auch darauf noch zu sprechen, Herr Kollege. Diese Massenkundgebungen waren von den drei deutschen Oppositionsparteien einberufen. Die christlichsoziale Parteipresse hat nun, statt diese Kundgebung als Druckmittel zu benützen, sie geflissentlich verkleinert. Dieser Umstand kennzeichnet wohl am deutlichsten den Geist, von welchem diese Presse und die Partei erfüllt ist. Wir haben einen Teil dieser Kundgebungen aufgenommen. Ich habe beispielsweise die Aufnahme der Troppauer Kundgebung hier im Hause, leider aber im Augenblick nicht zur Verfügung. Auf drei Bildern sind die Massen festgehalten, deren erster Anblick schon zeigt, dass es sich um ungefähr 10.000 Menschen handelt. Ich habe aber einen christlichsozialen Pressebericht gelesen, wo von 4.000 und einen späteren, in welchem von 5.000 bis 6.000 Menschen die Rede war. Auch alle anderen Kundgebungen hat man geflissentlich verkleinert und herabgesetzt.

In einer Demokratie sollte man doch wohl meinen, dass der Wille der Bevölkerung maßgebend ist, umso mehr, wenn es in der Verfassung heißt: "Das Volk ist die einzige Quelle der gesamten Staatsgewalt." Die Verfassung wird zum Fetzen Papier, wenn der unzweifelhafte Wille der Quelle

der gesamten Staatsgewalt derart missachtet wird. Eine Volksabstimmung würde eine geradezu überwältigende Mehrheit für die Erhaltung eines selbständigen Schlesiens ergeben. Der Bürgermeister von Čechisch-Teschen, der bekannte frühere Reichsratsabgeordnete Koždoň hat in einer mit viel Liebe und Sorgfalt zusammengestellten Schrift "Das Recht unserer schlesischen Heimat auf die verwaltungsmäßige Selbständigkeit" zahlreiche Gründe angeführt und mit Beweismaterialien belegt, die für die Selbständigkeit Schlesiens sprechen. Am Schluss der Schrift führt er die Versprechungen an, die ihm zur Zeit des Plebiszits vom damaligen Ministerpräsidenten **Tusar** und vom Staatspräsidenten **Masaryk** in feierlicher Weise gemacht worden sind. Die Herren von der Regierungsmehrheit sind augenblicklich daran, das Andenken eines Toten zu schänden und ihr lebendes, angeblich viel geliebtes Staatsoberhaupt, das sie erst kürzlich wieder wählten, Lügen zu strafen.

Weshalb soll Schlesien mit Mähren vereinigt werden? Es gibt Deutsche, die in angeborener - sagen wir - Bescheidenheit darin einen Vorteil sehen, weil dadurch angeblich die Stellung des mährischen Deutschtums gestärkt wird. In dieser Richtung hat sich erst kürzlich Koll. **Hodina** auf einem in Bärn stattgefundenen Kreisparteitag des Bundes der Landwirte geäußert. Diese Leute verkennen, dass eine Stellung nicht stärker wird, wenn man eine andere schwächt und wenn diese andere noch dazu die einzige halbwegs starke ist. (*Souhlas na levici.*) Schlesien ist mit seinen mehr als 40% Deutschen unsere stärkste Stellung, umso mehr als noch 10% Polen in Betracht kommen und die Čechen noch nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung stellen. In diesem Umstände und nur in ihm haben wir den Grund für seine Vereinigung mit Mähren zu suchen, worauf unter anderen die Ausführungen des tschechischen Minderheitsstatistikers Anton Obrtel hinweisen, die kürzlich im Amtsblatt "Stráž Moravy" des nordmährischen Čechisierungsvereines "Národní Jednota" erschienen sind. Von den 6 mährisch-schlesischen Gauen hatten nämlich 3 - Iglau, Olmütz und Mährisch Ostrau - eine deutsche Bevölkerung von 30 bis 37%, und auch der Gau Čechisch-Teschen stellte ein volles Drittel Deutsche und Polen. Das war den Herren um Dr. **Kramář**, Pater **Šrámek** und Genossen genau so ein Dorn im Auge wie die zwei reindeutschen Gauen Karlsbad und Böhmisches Leipa im Gaugesetz. Kollege **Hodina** und alle Mitglieder der deutschen Regierungsparteien dürfen also in der Vereinigung Schlesiens mit Mähren keineswegs die Erfüllung eines deutschen Wunsches suchen.

In diesem Zusammenhang sei auch ein Wort an den Vorsitzenden der deutschen christlichsozialen Volkspartei Kollegen Dr **Luschka** gerichtet. Er hat kürzlich in der sozusagen ministeriellen Zeitung seiner Partei, der "Deutsche Presse", demselben Blatte, gegen das noch vorkurzem das unmittelbar ihm unterstehende nordmährisch-schlesische Parteiblatt der Christlichsozialen im Hinblick auf die Verwaltungsreform einen scharfen Kampf führte, sich mit der Vorlage völlig ausgesöhnt. Er hat dabei anscheinend vergessen, dass er am 30. Jänner dieses Jahres in einer Tagung der Vertreter aller deutschen Gemeinden Schlesiens den Standpunkt der Selbständigkeit dieses Landes vertrat und eine von dieser Tagung gewählte Abordnung nach Prag führte. Der Gesamtinhalt der in Verhandlung stehenden Vorlagen in freiheitlicher Beziehung lässt sich dahin kennzeichnen, dass die Regierungsgewalt auf Kosten der Freiheit der Staatsbürger geradezu unumschränkt gemacht wird und auf Kosten der lokalen Selbstverwaltung eine rücksichtslose Zentralisierung Platz greift. Das letzte Restchen der lokalen Selbstverwaltung, das erst kürzlich durch das Gesetz über die Gemeindefinanzen stark beschnitten worden ist, soll nun völlig aufgehoben werden. Die Wirkung wird sich ja nicht sofort äußern; aber in einigen Monaten oder Jahren wird der Pferdefuß verschiedener Bestimmungen zum Vorschein kommen. Die hohe tschechische Bürokratie verfolgt rücksichtslos ihren Weg, den Staat nach ihren Wünschen auszugestalten. Die Regierung ist froh, dass ihr jemand diese Aufgaben abnimmt und sie scheinheilige Erklärungen abgeben kann, die nicht eingehalten werden. Die Parlamentsmehrheit aber hält sich an die Worte Schillers: "**Verstand ist stets bei Wenigen nur gewesen.**"

Hier ist das vollständige Zitat:

**Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinn.
Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen.
Bekümmert sich ums Ganze, wer nichts hat?
Hat der Bettler eine Freiheit, eine Wahl?
Er muss dem Mächtigen, der ihn bezahlt,
um Brot und Stiefel seine Stimm' verkaufen.
Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen.
Der Staat muss untergehn, früh oder spät,
wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet. (Sapieha)**

■ Friedrich von Schiller, Quelle: Demetrius I

In nationaler Hinsicht lässt sich die Vorlage über die Organisation der politischen Verwaltung dahin kennzeichnen, dass der Staat in vier slavische Herrschaftsbereiche aufgeteilt wird und dass die Magyaren und vor allem das 3^{1/2} Millionen starke Deutschtum dieses Staates zur Rolle des Aschenbrödels verurteilt werden. Wenn uns der Innenminister in seiner Verteidigungsrede, die er im Ausschuss für die Vorlage hielt, versichert, dass sich die Regierung von keinerlei nationalen Absichten leiten lasse, so wird er damit keinen Glauben erwecken. Er war noch immer ein getreuer Diener seines jeweiligen Herrn. Überdies haben wir bekanntlich ähnliche Versicherungen auch seinerzeit beim Abbaugesetz aus dem Munde seines obersten Chefs gehört, was nicht hinderte, dass das genaue Gegenteil der Versicherungen zutraf. Da ist mir der rücksichtslos offene Dr. **Kramář** schon lieber, der im verfassungsrechtlichen Ausschuss wiederum betonte, **dass der Staat ein tschechischer Nationalstaat sei und bleibe**, was übrigens auch, um nur ein Beispiel aus der jüngsten Zeit anzuführen, mit wünschenswerter Offenheit aus jener Drahtung hervorgeht, die Präsident **Masaryk** nach seiner bekanntlich mit deutschen Stimmen erfolgten, und nur durch sie ermöglichten Wahl an den Präsidenten der französischen Rotschildrepublik sandte, die eine offenkundige Ohrfeige für die deutschen Wähler **Masaryks** darstellt, (*Souhlas na levici.*) und von uns zum Gegenstand einer Anfrage gemacht wurde. Auch die hemdärmelige Äußerung des Berichterstatters zu den zwei Wehrvorlagen des nationaldemokratischen Abgeordneten **Špaček** kann in diesem Zusammenhange angeführt werden.

.... Wir Deutschen sind und bleiben für sie die Einwanderer und Kolonisten und zwar durch eigene Schuld und Schwäche, durch die geradezu knechtselige Demut, mit welcher ein Teil des Sudetendeutschtums die Maden an jedem Gnadenknochen, der ihm hie und da vom T. **Kramář** hat diese Erkenntnis in seiner derben Rücksichtslosigkeit einmal in die Worte zusammengefasst, welche kürzlich die "Bohemia" in einem ihrer Aufsätze zur Verwaltungsreform zitierte und die da lauten: **"Die Deutschen? Man braucht ihnen nur ordentlich die Faust zu zeigen und sie halten das Maul."** Dieser Satz ist nicht einmal bildlich zu nehmen, denn die Herren auf deutscher Seite, die nach ihrer Meinung die Hand an das Steuerruder gelegt haben, trauen sich ja wirklich nicht, im Hause etwas zu sagen. Der Justizminister hat sogar bekanntlich vom Regierungschef höchst eigenhändig ein Schloss vorgehängt bekommen, als er im Haushaltsausschuss deutsch reden wollte und es noch nicht zu öffnen verstand. (*Posl. Simm: Nicht einmal die Schulautonomie können sie sich erringen!*) Ich komme darauf noch zu sprechen. Vielleicht hilft ihm Kollege **Stenzl** dabei, der ja kürzlich unter die Erfinder gegangen ist. Hat er doch kürzlich ein eigenes sozusagen staatlich konzessioniertes Selbstbestimmungsrecht erfunden. (*Veselost na levici.*)

Tatsache ist, dass die deutschen Regierungsparteien noch nicht einmal in der Lage waren, die parlamentarische Geschäftsordnung zu ändern. Vizepräsident **Zierhut** amtiert tschechisch, was sein Vorgänger bekanntlich ablehnte. Tatsache ist, dass die beiden deutschen Minister ihre tschechischen

Sekretäre als eisernen Bestand übernehmen mussten. Tatsache ist weiters, dass die deutschen Regierungsparteien noch nicht einmal eine Vertretung im Bodenamt zu erreichen vermochten, während in dessen Leitung die zwei tschechischen Oppositionsparteien sitzen. Tatsache ist, dass ihnen förmlich zum Trotz, um ihre Einflusslosigkeit vor aller Welt böhmisch aufzuzeigen, die dem deutschen Ritterorden gehörigen Waldungen im Altvatergebiete verstaatlicht werden sollen. Tatsache ist, dass sie keine Milderung des Sprachenrechtes erzielten. Tatsache ist, dass die schädliche Durchführung des Abbaues der Staatsangestellten keine Überprüfung erfuhr. Unseren Resolutionsantrag zum Staatsvoranschlag, der das verlangt und den sie mit unterschrieben haben, haben sie bekanntlich abgelehnt. Tatsache ist, dass bei dem in Kürze stattfindenden Verbandsturnfest des deutschen Turnverbandes für die österreichischen und reichsdeutschen Gäste ein Trachten- und Fahnenverbot besteht. Tatsache ist, dass in den Zeitungen sogar die Forderung nach nationaler Selbstverwaltung beschlagnahmt wird, was nicht einmal zur Zeit der alltschechischen Koalition der Fall war. Wir haben erst vor wenigen Tagen in einer Interpellation auf die Beschlagnahme unseres Parteiblattes "Der Tag" aus diesem Grunde hingewiesen. Wenn derartige Dinge unter einem deutschen Justizminister geschehen, so kommt man unwillkürlich zu der Ansicht, dass die Staatsanwälte ihn als einen auf dem Dache sitzenden Greis ansehen, in Anlehnung an ein bekanntes Studentenlied. (*Výkřiky na levici.*).....

Die deutschen Regierungsparteien müssen sich darüber klar werden, dass die Vorlage über die Verwaltungsreform die Probe aufs Exempel ist, wie ich in einem vor einiger Zeit erschienenen Aufsatz ausführte. Bei dieser Gelegenheit - und bei ihr besonders -- ist von ihnen der Beweis zu erbringen, dass sie tatsächlich Einfluss besitzen und in der Lage sind, durch zusetzen, dass das Sudetendeutschtum Gleicher unter Gleichen ist. Mit leeren Behauptungen von einer angeblichen Milderung des Kurses oder mit der lächerlichen Redensart, dass manches schlimmer ausgefallen wäre, wenn sie nicht dabei gewesen wären, dürfen sie der Bevölkerung auf die Dauer nicht kommen. Eine Zeitlang mag ja das ziehen, aber auf die Dauer jedoch darauf zu spekulieren, dass das Sudetendeutschtum genügend Dummköpfe besitzt, die derartige Lächerlichkeiten glauben, halte ich für aussichtslos. Sie haben den Sprung ins Dunkle gewagt, sie haben dem Staate mehr gegeben, als der ausgepichteste Čech es in seinen kühnsten Träumen zu hoffen wagte. Sie haben deshalb - nicht morgen oder übermorgen sondern sofort - gelegentlich des völligen Staatsumbaues, wie er durch die gegenwärtige Vorlage durchgeführt wird, zu beweisen, dass ihr Schritt von Erfolg begleitet war, oder sie haben sie abzulehnen. Sonst fällt auf sie die ungeheuere Verantwortung, mit der Zukunft eines ganzen Volkes, mit der Zukunft ihres Volkes, leichtfertig gespielt, diese Zukunft um ein Linsengericht preisgegeben zu haben. Niemand hat den Anlaß und die Möglichkeit, Ihnen auch nur ein Teilchen dieser Verantwortung abzunehmen. Sie tragen sie ganz allein und mögen danach handeln! Für uns, die wir die Kämpfer, eines kommenden Deutschland der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit sind, ist die Einstellung zu diesen Vorlagen gegeben, umso mehr, als sie von unserer innerpolitischen Forderung nach nationaler Selbstverwaltung auf der Grundlage völkisch abgegrenzter Siedlungsgebiete und Schutz aller außerhalb dieser Siedlungsgebiete lebenden Volksgenossen auch nicht einen Hauch enthalten, weil sie weiters auch in freiheitlicher Beziehung, einen ausgesprochenen Rückschritt, einen Rückfall in die Zeit des Vormärz darstellen. Sie sind daher ein Hemmnis aller völkischen, freiheitlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung und daher für uns unannehmbar!